

## «Französisch gehört zur Schweiz»

**Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will, dass Französisch auf Primarstufe Pflichtstoff bleibt. Der Bundesrat scheue sich nicht davor, einzugreifen, falls sich dies ändern sollte.**

Autor: Alex Rudolf

Sie wuchsen im Jura zweisprachig auf: In welchem Fach waren Sie in der Schule besser, Deutsch oder Französisch?

ELISABETH BAUME-SCHNEIDER: Ganz klar Französisch. Meine Grosseltern sprachen zwar Schweizerdeutsch mit mir. Das Hochdeutsche zu erlernen, fiel mir aber nicht leicht. Die vier Fälle, die zur Deklination nötig sind, bereiteten mir Schwierigkeiten. Französisch war hingegen meine Alltagssprache mit Familie und Kameradinnen und Kameraden. Weil das Schweizerdeutsche aber ein familiäres Erbe ist, habe ich dazu eine starke, beinahe zärtliche Verbindung.

Sie zogen Ihre zwei Söhne im französischsprachigen Jura gross. Hand aufs Herz: Hing der Hausseggen der Baume-Schneiders hin und wieder schief wegen des verflixten Deutschunterrichts in der Schule?

Deutsch war von keinem meiner beiden Söhne das Lieblingsfach in der Schule. Das zog sich bis zum Gymnasium durch. Doch bereits während beziehungsweise nach dem Studium besuchten sie Deutschkurse. Dies, weil sie gemerkt haben, wie wichtig Deutschkenntnisse in der Schweiz sind.

An Schulen in der Deutschschweiz hat Französisch einen schweren Stand. Wie ist das für Sie als Romande?

Zunächst glaube ich nicht, dass Französisch so unbeliebt ist, wie es in den Medien dargestellt wird. Viele Lehrpersonen unterrichten es mit grossem Elan und Einsatz. Manchmal habe ich tatsächlich Mühe mit den Argumenten der Kritikerinnen und Kritiker des Französischunterrichts. Etwa, wenn man in einer Zürcher Zeitung liest, Französisch habe einen beschränkten Nutzen. Französisch gehört zur Schweiz. Genauso wie Italienisch und Rätoromanisch. Und der Sprache des Nachbarn sollte man mit Achtung begegnen. In der Romandie sind auch nicht alle begeistert vom Deutschunterricht, dennoch ist er breit abgestützt und akzeptiert. Die politischen Bemühungen zur Abschaffung des Frühfranzösisch in gewissen Deutschschweizer Kantonen beunruhigen mich hinsichtlich des nationalen Zusammenhalts. Im Sprachunterricht lernen wir nicht nur Wörter und Sätze, sondern auch viel über die Kultur der anderen Sprachregion.

Welche Rolle spielt die Sprache beim nationalen Zusammenhalt?

Eine grosse. Dass wir trotz der unterschiedlichen Sprachen ein nationales Selbstverständnis haben, darf uns stolz machen. Darüber hinaus macht uns das auch stark. Unsere Vielfalt und Rücksichtnahme auf Minderheiten machen uns kompromissfähig.

Ist es der Auftrag der Volksschule, für den nationalen Zusammenhalt zu sorgen?

Die Schule ist ein Schlüsselort der Sozialisierung. Die Kinder lernen, wie man sich in der Gruppe verhält. Für uns als Gesellschaft ist dies enorm wichtig. Neben dem Umgang

miteinander werden zudem Grundkompetenzen vermittelt. Und hierzu gehört die zweite Landessprache.

Es gibt Stimmen, die fordern, dass auch Berufsschulen und Sportvereine stärker in die Verantwortung genommen werden sollen.

Die Mehrsprachigkeit zu pflegen, ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass Sportvereine mit einem zusätzlichen Auftrag belastet werden sollten. Bei den Berufsschulen wären Vorgaben wohl eher möglich: Manche Ausbildungen verzichten auf Französisch. Das ist vor allem für jene, die später die Maturität nachholen wollen, nicht ideal. Dort gehört Französisch dann wieder dazu. Die Lücke im Sprachunterricht während der Lehre macht dies für viele zu einer grossen Herausforderung.

Ein mit mir befreundetes Paar, Laura aus Zürich und Tom aus Neuenburg, unterhält sich auf Englisch. Sie halten dies so, weil sie besser Englisch sprechen als die zweite Landessprache. Was löst dies in Ihnen aus?

In das Leben eines Paares will ich mich nicht einmischen. Wenn es für die beiden funktioniert, ist das schön. Für mehr Französisch in der Beziehung würde sprechen, dass es die Sprache der Liebe ist (lacht). Problematisch und sehr bedauerlich fände ich es hingegen, wenn sich Menschen aus der Romandie und der Deutschschweiz generell nur noch auf Englisch unterhalten würden.

Englisch ist eine Weltsprache. Der Bundesrat pocht aber auf einer zweiten Landessprache auf Primarstufe. Verkennt er die Wichtigkeit des Englischen?

Keinesfalls. Der Bundesrat anerkennt den Stellenwert von Englisch. An unseren Hochschulen und Universitäten gibt es zahlreiche Module, die nur noch in englischer Sprache angeboten werden. Dennoch dürfen wir den Mehrwert der Landessprachen nicht vergessen. Beherrscht eine Person aus der Romandie Deutsch, kann sie auch in der Deutschschweiz arbeiten. Studien zeigen, dass sich Deutschkenntnisse für Romands auch beim Lohn positiv auswirken. Auch ist wichtig zu betonen, dass, wer bereits eine zweite Sprache beherrscht, weniger Mühe hat, weitere Sprachen zu erlernen.

Noch ist der Französischunterricht in Deutschschweizer Schulen unbestritten. Kontrovers ist eher, wann er beginnen soll. Mehrere Kantone stellen zwei Fremdsprachen auf Primarstufe infrage, ein paar verlangen sogar schon die Abschaffung des Frühfranzösischs. Was sagen Sie dazu?

Ich bedauere diese Entwicklung. Deshalb bin ich auch froh über die klare Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK). Im vergangenen Oktober bekannte sie sich zum im Zuge der Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos) gefundenen Kompromiss. Dieser besagt, dass auf der Primarstufe neben der Erstsprache zwei weitere hinzukommen. Eine davon muss eine Landessprache sein. Die Diskussion in den Kantonen widerspiegelt die Komplexität des Themas oftmals nicht ausreichend. Ein Ausstieg aus Harmos oder eine Neuverhandlung des Kompromisses wären jahrelange Prozesse und ein Rückschritt in Sachen Harmonisierung.

Vor der Stellungnahme der EDK machte der Bundesrat deutlich, wie er zur Sprachenfrage steht: Der Bund solle eine zweite Landessprache auf Primarstufe vorschreiben. Ist das noch immer so?

Absolut. Der Bundesrat vertraut darauf, dass die Kantone eine gute Lösung für die aktuellen Diskussionen finden werden. Ist dies nicht der Fall, ist er auch bereit, die zweite Landessprache auf Primarstufe ins Sprachengesetz zu schreiben. Wir suchen den Austausch mit der EDK, um besser verstehen zu können, wie der Tenor im Gremium in dieser Frage ist.

2016 drohte Ihr Vorgänger, der damalige Innenminister Alain Berset, damit, das Frühfranzösisch gesetzlich zu verankern. Damals wollte der Thurgau Französisch streichen, krebste aber zurück. Hoffen Sie wieder darauf, dass sich alles von selbst einrenkt?

Hoffen ist das falsche Wort. Es wäre ein schönes Zeichen für unseren Föderalismus und unsere gemeinsame Kultur und Identität, wenn die Kantone eine zufriedenstellende Lösung finden würden. Der Bundesrat scheut sich aber nicht davor, seine Verantwortung wahrzunehmen.

Grundsätzlich hat sich die EDK bereits für das Frühfranzösisch ausgesprochen. Sie betont aber auch, dass man die Anforderungen anpassen sollte, weil die heutigen Ziele zu hoch gesteckt sind. Wird der Französischunterricht zur Farce?

Nein. Aber ich habe Verständnis dafür, dass die Kantone die Grundkompetenzen anschauen wollen. Während 13 Jahren war ich Bildungsdirektorin im Kanton Jura, und ich gebe zu, dass wir beim Definieren der Grundkompetenzen sehr ambitioniert waren. Gleichzeitig würde niemand tiefere Mathematikziele fordern, wenn Schülerinnen und Schüler einiger Kantone darin schlecht abschneiden würden.

Was erwarten Sie nun konkret von der EDK?

Dass sie weiterhin zeigt, dass der Dialog zwischen den Kantonen und Sprachregionen gut funktioniert. Die Sensibilitäten für den Erwerb der Landessprachen sind unterschiedlich. In der Westschweiz heisst es beispielsweise nicht Frühdeutsch, sondern einfach Deutsch. Aber von meiner Zeit in der EDK weiss ich, dass der Sprachkompromiss ein umstrittenes Thema ist. Ich möchte daran erinnern, warum wir den Lehrplan 21 und den Plan d'Études Romand eingeführt haben: Damit Familien innerhalb der Schweiz problemlos umziehen können. Das ist wichtig.

Trotz der Harmonisierung haben weiterhin die Kantone das Sagen in der obligatorischen Schule.

Das ist richtig. Der Bund schreitet nur ein, wenn die Harmonisierung scheitert. Aber man kann die einzelnen Schulstufen nicht ganz isoliert betrachten. Der Harmonisierungsauftrag an die Kantone betrifft darum auch den Übergang zwischen den Schulstufen. Was kommt nach der Volksschule? Die Fachmittelschule, das Gymnasium oder die Lehre. Hier besteht eine geteilte Zuständigkeit. Die Lehrpläne auf Sekundarstufe II sind von Genf bis St. Gallen gleich. Es ist auch im Interesse der Kantone, dass ihre Schülerinnen und Schüler den Übergang in die Ausbildung erfolgreich meistern.

Studien belegen, dass Kinder mit Frühfranzösisch am Ende ihrer schulischen Laufbahn die Sprache nicht merklich besser beherrschen als jene, die später damit begonnen haben. Warum besteht der Bundesrat auf seiner Position?

Die Mehrsprachigkeit ist ein Wesensmerkmal der Schweiz. Der Bundesrat will sie pflegen und vermeiden, dass die zweite Landessprache im Lehrplan an Wichtigkeit einbüsst. Hier machen es sich die Kritiker und Kritikerinnen des Frühfranzösisch auch etwas einfach: Würde Französisch auf der Oberstufe beginnen, in welchem Fach würden dann Abstriche gemacht, um Platz für Französisch zu schaffen? Nirgends. Denn

alle Fächer beanspruchen stets mehr Lektionen, als sie haben. Zudem sagen viele Kinder wie auch Lehrpersonen, dass sie schon heute mit dem Stoff am Anschlag sind. Damit würden die Französisch-Lektionen auf Primarstufe ersatzlos wegfallen.

Von einer Überforderung seitens der Kinder spricht auch Lena Fleisch vom Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband, wenn es ums Frühfranzösisch geht.

Ich bin keine Pädagogin. Es scheint mir aber klar zu sein, dass für die Überforderung von Schulkindern mehrere Faktoren verantwortlich sind. Neben dem Leistungsdruck in der Schule kommt hinzu, dass sie in einer wichtigen, aber herausfordernden Entwicklungsphase stecken. Für eine Überforderung lediglich das Frühfranzösisch verantwortlich zu machen, greift zu kurz.

Wagen Sie eine Prognose: Wird in zehn Jahren in den Kantonen östlich des Aargaus noch Französisch auf der Primarstufe unterrichtet?

Ja, das glaube ich durchaus. Das Argument, dass alle Kinder eine Beziehung zu unseren Landessprachen haben sollten, ist überzeugend. Das merke ich auch in Gesprächen mit Eltern und Bürgerinnen und Bürgern. 2025 war ich an der Bundesfeier in Rorschach. Ich war im Vorfeld etwas nervös, weil ich meine Rede auch dem Frühfranzösisch widmete. Das Echo war jedoch anders als erwartet: In der breiten Bevölkerung ist das Erlernen der Landessprachen tief verankert. Viele Besuchende hatten Freude daran, mit mir Französisch zu sprechen. Sie machten Fehler, liessen sich die Lust am Austausch dadurch aber nicht nehmen. Vielleicht liegt der Schlüssel zum Erfolg darin, den Fokus auf das Sprechen zu legen und nicht auf das perfekte Beherrschen der Grammatik. —

Elisabeth Baume-Schneider betont, dass man im Sprachunterricht nicht nur Wörter und Sätze, sondern auch viel über die Kultur der anderen Sprachregion lernt.

Elisabeth Baume-Schneider ist überzeugt, dass Primarschulkinder in der Deutschschweiz auch in zehn Jahren noch Französisch lernen.

«Die Mehrsprachigkeit zu pflegen, ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft.»

«Für eine Überforderung das Frühfranzösisch verantwortlich zu machen, greift zu kurz.»

«Vielleicht liegt der Schlüssel zum Erfolg darin, den Fokus auf das Sprechen zu legen.»

## ZUR PERSON

Elisabeth Baume-Schneider (SP) ist Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes des Innern. Obwohl die Volksschule Sache der Kantone ist, hat auch sie bei der Bildung ein Wort mitzureden. Denn ihr Departement ist für die Umsetzung des Sprachengesetzes, die Förderung der Landessprachen und den Austausch zwischen den Sprachregionen verantwortlich. Bei Bildungsthemen kennt sich die 62-jährige Jurassierin ohnehin gut aus. Während 13 Jahren war sie Bildungsdirektorin in ihrem Heimatkanton und sass in dieser Funktion auch in der EDK, ein Jahr lang amtierte sie als deren Vizepräsidentin.

## FRANZÖSISCH IN DER SCHULE

Die Bundesverfassung verpflichtet die Kantone zur Harmonisierung des Bildungswesens. Die Sprachenstrategie ist Teil des Harnos-Konkordats und besagt, dass auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen, eine davon eine Landessprache, unterrichtet werden. Für die Mitglieder-Kantone des Harnos-Konkordats ist diese Regelung verpflichtend. In mehreren Deutschschweizer Kantonen ist der

---

Französischunterricht in der Primarschule aber umstritten. 2016 beschloss der Kanton Thurgau, diesen auf die Sekundarstufe zu verschieben, sah von seinen Plänen ab, nachdem der Bundesrat drohte, Frühfranzösisch im Sprachengesetz festzuschreiben. Aktuell sind in mehreren Kantonen politische Vorstösse hängig, die den Französischunterricht auf die Sekundarstufe verschieben wollen. So hat beispielsweise das Zürcher Kantonsparlament 2025 beschlossen, sich vom Frühfranzösisch zu verabschieden. Dies sorgte für heftige Diskussionen und der Bundesrat drohte erneut damit, den Landessprachenunterricht in der Primarschule gesetzlich zu verankern. (ar)